

„Der Preiskrieg ist offiziell ausgebrochen“

Die Briten senkten den Preis für Nordsee-Öl, und das Opec-Land Nigeria schlug im Alleingang mit einem noch höheren Preisnachlaß zurück. Wenn es dem

zerstrittenen Ölkartell nicht gelingt, den Preiskrieg noch zu stoppen, werden etliche Ölexportländer den finanziellen Zusammenbruch kaum vermeiden können.

Margaret Thatcher, Regierungschefin des Vereinigten Königreichs, hielt sich an die Regieanweisungen der mächtigsten Öl-Monarchie der Welt. Die Briten senkten, wie von dem saudiarabischen Ölminister Ahmed Saki el-Jamani dreieinhalb Wochen zuvor angesagt, am Freitag der vorvergangenen Woche den Preis für ihr Nordsee-Öl um drei Dollar.

Statt 33,50 Dollar kostet ein Barrel (159 Liter) Briten-Öl nun nur noch 30,50 Dollar – und liegt damit 3,50 Dollar unter dem Preis für Saudi-Öl. Nach dem Plan Jamanis sollte der Außenseiter Großbritannien damit ein Signal für eine etwa gleich große Preissenkung der Opec-Staaten setzen.

Doch es kam anders, als Jamani geplant hatte. Die Preise gerieten stärker ins Rutschen, als der Saudi und seine Verbündeten im Kartell hinnehmen wollten. Verzweifelt mühten sich die besonnenen Mitglieder des Ölkartells vergangene Woche um eine einheitliche Politik, aber der Preiskampf jeder gegen jeden scheint kaum noch vermeidbar.

Für die Opec könnte es das Ende bedeuten. Ökonomen in aller Welt dagegen hoffen auf billigere Energie und damit Auftrieb für die Konjunktur.

Schon einen Tag nach der Bekanntgabe des neuen britischen Ölpreises hatte sich ein Opec-Land nicht mehr um die Kartell-Strategie des saudischen Ölministers geschert. Die Nigerianer verbilligten ihr Öl weit stärker als die Briten. Ihr Öl, das bislang 35,50 Dollar gekostet hatte, wird jetzt schon für 30 Dollar angeboten.

Jamani und seine Mitstreiter im Kartell sahen den Alleingang der Nigerianer als offene Kampfansage an. „Die haben jedes Recht verwirkt“, zürnte der kuweitische Ölminister Scheich Ali Chalifa el-Sabah, „noch über Opec-Preise mitzureden.“

Doch schreckte die Opec-Majorität vergangene Woche noch davor zurück, den Vorstoß der Westafrikaner durch einen ebenso großen oder gar durch einen noch größeren Preis-Abschlag zu kontern. Nach mehrtägigen Beratungen in Riad beschlossen die wichtigsten Förderländer in der vergangenen Woche, sich mit den Nigerianern und anderen Kartell-Sündern wie den Iranern und

wird, den von Nigeria ausgelösten Preisrutsch abzufangen. „Der Ölpreiskrieg“, meint Rudolf v. Bennigsen-Foerder, Chef des deutschen Mineralölkonzerns Veba, „ist jetzt offiziell ausgebrochen.“

Die New Yorker Chase Manhattan Bank präsentierte vergangene Woche sogar schon drei Studien, in denen die Folgen einer Ölpreissenkung auf 26 Dol-



Arabische Ölminister*: „Wir haben genügend Kraft“

Libyern noch einmal an den Konferenzstisch zu setzen.

Auf einem Opec-Treffen in dieser Woche, dem dritten in zweieinhalb Monaten, wollen die Linientreuen im Kartell ein letztes Mal versuchen, zu verbindlichen Preis- und Produktionsabsprachen mit den Abweichlern zu kommen. „Wir haben genügend Gewicht und Kraft“, drohte Jamani vergangene Woche. „Die anderen müssen zweimal nachdenken, ehe sie einen Preiskrieg gegen uns führen.“

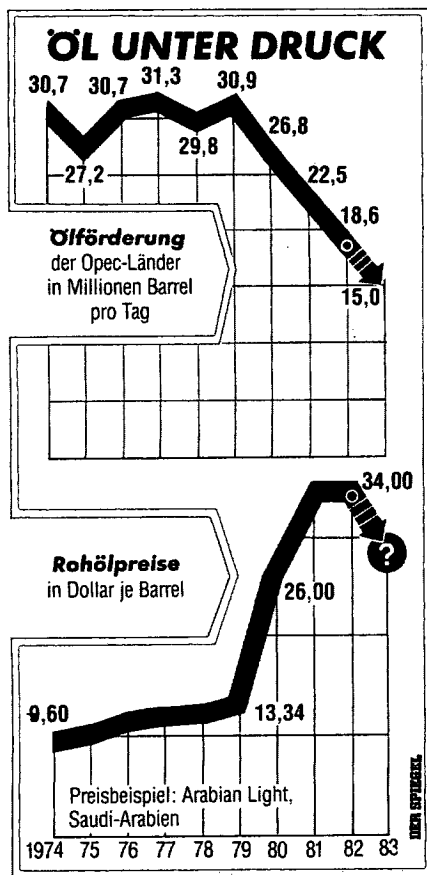
In den Industrieländern rechnen die meisten Fachleute jedoch kaum damit, daß es Ölländern tatsächlich gelingen

lar durchgerechnet werden. Nach dem starken Preisabschlag der Nigerianer hat auch die Schar der Petro-Propheten zugenommen, die den Ölpreis auf 20 Dollar oder gar noch weiter stürzen sehen.

Denn es sind längst nicht mehr die Opec-Herren, die den Preis für den wichtigsten Schmierstoff der industrialisierten Welt festsetzen. Es sind die Käufer, die jetzt bestimmen können, zu welchem Preis sie sich mit Öl eindecken.

In den goldenen Jahren des Kartells von 1979/80 hatte allein die Angst der Opec-Kunden vor künftiger Ölnappheit den Preis binnen kurzem von 13 auf über 30 Dollar je Faß hochgetrieben. Umgekehrt hat nun die Zurückhaltung der Ölkäufer, die alle auf niedrigere Preise warten, dazu geführt, daß diese tatsächlich auf Talfahrt gehen: Auf den freien

* Ali Chalifa el-Sabah (Kuwait), Mana Said el-Uteiba (Vereinigte Arabische Emirate), Ahmed Saki el-Jamani (Saudi-Arabien) und Abd el-Asis bin Chalifa (Katar) am vergangenen Mittwoch in Riad.



Ölmärkten war das Barrel Nordsee-Öl vergangene Woche schon für 27,50 Dollar zu haben.

Und so wie einst die Ölteuerung den Verbrauch von Benzin und Heizöl erst nach längerer Zeit gedrosselt hatte, werden nun die sinkenden Preise den Absatz auch erst mit starker Verzögerung anheben. Was die Opec beim Preis verliert, kann sie zunächst über höhere Mengen nicht wieder hereinholen.

Das Kartell ist inzwischen viel zu schwach, um die Mengen knapp und die Preise hoch zu halten. Weil die Käufer ausblieben, mußte die Produktion bereits so stark zurückgenommen werden, daß etliche Ölländer am Rand des Bankrotts jonglieren.

Venezuela etwa führte vergangene Woche Devisenkontrollen ein, um den raschen Abfluß der Währungsreserven zu unterbinden. In Indonesien schlitterte die staatliche Ölgesellschaft Pertamina in finanzielle Schwierigkeiten. Die Libyer, die den Opec-Preis bereits seit längerem durch heimliche Rabatte unterlaufen, gerieten bei der Begleichung ihrer Import-Rechnungen in Milliarden-Rückstand.

Das schwächste Glied in der Opec-Kette ist derzeit Nigeria. Durch den Rückgang der Produktion auf nur noch 460 000 Barrel täglich (Förder-Kapazität: 2,4 Millionen Barrel) schmolzen die Währungsreserven so rasch dahin, daß die Westafrikaner ihre Einfuhren auf die Hälfte drosseln mußten. Der potentiell reichste schwarzafrikanische Staat jagte Millionen Zuwanderer aus den Nachbar-

ländern erbarmungslos über die Grenzen zurück, weil diese angeblich schuld an der Wirtschaftsmisere seien.

Wie allgemein erwartet, waren es denn auch die Nigerianer, die als erste offen aus der Preisfront des Kartells ausbrachen. Die Saudi-Araber hatten zwar den Alleingang der Westafrikaner durch Hilfszusagen zu verhindern versucht. Aber auch die Mittel des weitaus reichsten Opec-Landes sind nicht unerschöpflich.

Saudi-Arabien kann gegenwärtig nur noch so wenig Öl absetzen, daß es in diesem Jahr mit einem Leistungsbilanz-Defizit rechnen muß. Zudem reicht in dem Land, ebenso wie in Kuwait, das als Nebenprodukt bei der Ölförderung anfallende Gas nicht einmal mehr für die Versorgung der heimischen Elektrizitätswerke, Meerwasser-Entsalzungsanlagen und Industriebetriebe aus.

In den Industrieländern dagegen jubeln die Ökonomen bereits über die vermeintlich günstigen Folgen der Ölpreis-Wende. Die japanische Regierung errechnete beispielsweise, daß durch eine Ölpreis-Senkung von zehn Prozent das Wachstum der japanischen Wirtschaft in den nächsten Jahren um 0,2 bis 0,7 Prozent beschleunigt wird.

Auch nach Ansicht des Bonner Wirtschaftsministeriums wirkt ein niedrigerer Ölpreis wie ein „kostenloses Konjunkturprogramm“. Ein Opec-Richtpreis von 30 Dollar, so kalkulierten die Volkswirte Otto Graf Lambsdorffs durch, bringe der bundesdeutschen Wirtschaft in diesem Jahr 0,3 Prozent mehr Wachstum.

Zudem wird die deutsche Ölrechnung (bei einem Dollarkurs von 2,42 Mark) um sieben Milliarden Mark jährlich verringert. Die Inflationsrate in den Industrieländern nimmt nach Bonner Rechnung um 0,5 bis 1,1 Prozentpunkte ab.

Nur Bankiers und Ölmanager in den USA und in Westeuropa können sich über niedrigere Ölpreise nicht so recht freuen. Die Banken bangen um die Milliarden-Kredite, die sie im Vertrauen auf ständig steigende Ölpreise an Öl-exportländer wie Mexiko, Venezuela und Nigeria gegeben haben.

Diese Staaten sind allein schon dadurch in arge Zahlungsnot geraten, daß die Ölpreise in den vergangenen beiden Jahren nicht mehr stiegen, sondern schon leicht zurückgingen. Kaum möglich scheint daher, daß sie nun einen Preissturz ohne Staatsbankrott oder weitere Milliarden-Spritzen der Kreditgeber überstehen werden.

Der zunehmende Verfall des Opec-Kartells, so meint die Chase Manhattan Bank, wird auch die Ölgesellschaften treffen. Bei einem Preisrückgang von acht Dollar je Barrel würden die Firmen in den Jahren bis 1990 rund ein Drittel weniger Gewinn erzielen.

Denn bei niedrigeren Opec-Preisen läßt sich auch mit dem Öl, das aus konzerneigenen Quellen gefördert wird,

Neo Silvikrin gegen vorzeitigen Haarausfall.

Die Ursache für vorzeitigen Haar-
ausfall sind – bei entsprechender
Erbanlage – die männlichen
Hormone.

Denn sie haben die negative
Eigenschaft, die Wachs-
tumsphase der Haare zu
verkürzen.

Deshalb ist es wichtig,
daß Haarwachstumszellen,
die erblich bedingt
eher mit Erschöpfung
reagieren, zusätzlich
Energie-steuernde Faktoren
zugeführt bekommen.

Genau dafür sorgt
Neo Silvikrin mit dem Zell-
Energie-Regulativ TMX
(Trimethylxanthin).

Das Ergebnis:
Neo Silvikrin hält Ihr
Haar länger am Leben.



Neo Silvikrin. Das Konzentrat gegen vorzeitigen Haarausfall.



© Johnson & Johnson
DUSSELDORF

nicht mehr soviel verdienen. Die sogenannten Windfall-Profiten werden sinken.

Margaret Thatcher hatte das offenbar richtig vorausgesehen. Noch rechtzeitig vor dem Preis-Rutsch hatte sie im vergangenen Herbst einen Teil des britischen Nordsee-Öls privatisiert.

Die Aktien, die damals verkauft wurden, sind heute nicht einmal mehr die Hälfte wert.

USA

Eiserner Herzog

Caspar Weinberger, „absoluter Hardliner in einer ohnehin reichlich harten Regierung“, sieht sich zunehmendem Widerstand gegenüber.

Sie sind ein unbeugsamer Ideologe, der jeden Sinn für rationale Proportionen verloren hat“, zürnte der Senator. Erstmals, so fuhr Demokrat Donald Riegle fort, „haben wir einen Verteidigungsminister, dessen Urteil in Grundsatzfragen für unser Land gefährlich ist“.

Wie stets im dunklen Anzug, die Haare straff zurückgekämmt, den Mund zu einer schmalen Linie zusammengekniffen, ließ Caspar Willard Weinberger, 65, den Angriff über sich ergehen. Dann konterte der Pentagon-Chef: „Sie haben mit Ihrer demagogischen Attacke auf mich Ihr Ziel erreicht – rechtzeitig für die Ausgaben der Nachmittags- und Abendzeitungen.“

In der Tat – kein Reagan-Minister provoziert so viele Schlagzeilen wie Caspar Weinberger. Er ist, schrieb der Historiker Theodore White, ein Studienkollege Weinbergers von der Harvard-Universität, „Washingtons umstrittenste Figur“ und „die größte Zielscheibe“ („The Washington Post“) allemal.

Einflußreiche Kolumnisten wie Joseph Kraft sagten bereits voraus, der Minister werde alsbald mit einem anderen Ressort betraut. Der Stabschef des Weißen Hauses, James Baker, und Budget-Direktor David Stockman, so brachte White in Erfahrung, betrachten den Verteidigungs-Chef inzwischen als „schwere Belastung“.

Der „eiserne Herzog“ („Time“) will von seinem Kreuzzug für die Aufrüstung der USA nicht ablassen und in einem Zeitraum von fünf Jahren nach wie vor 1600 Milliarden Dollar für die US-Streitkräfte ausgeben – trotz eines für 1983 erwarteten Haushaltsdefizits in Höhe von 189 Milliarden Dollar und trotz 11,4 Millionen Arbeitsloser.

Senatoren und Abgeordnete, republikanische wie demokratische, fordern in den Kongreßausschüssen, vor denen Weinberger dieser Tage sein 239 Milliarden Dollar hohes Verteidigungsbudget für 1984 zu rechtfertigen sucht, Kürzungen bis zu 30 Milliarden Dollar. Scheinbar unbewegt wiederholte dagegen der

Verteidigungsminister: „Jeder weitere Einschnitt in das Budget gefährdet die Sicherheit unserer Nation.“

Sogar dem Führer der Republikaner im Senat, Howard Baker, verweigerte Weinberger eine Antwort auf die Frage, welche Einsparungen er sich vorstellen könne. „Einmalig“, resignierte Baker, „so etwas habe ich noch nie erlebt.“

„The amazing Caspar“ („Denver Post“), der erstaunliche Caspar, urteilt Theodore White, „ist ein von seiner Mission besessener Mann“, für den Admiral im Ruhestand und engagierten Abrüster Gene Larocque ist er „einer der wenigen wirklichen antikommunistischen Kalten Krieger Washingtons“.

Reagans Verteidigungsminister wähnt die Welt heute durch die Sowjet-Union bedroht wie vor 45 Jahren Europa durch die Armeen Hitlers. Er beruft sich auf

ein Reagan-Intimus. Doch unbestritten sind Weinbergers Maximen im politischen Establishment Washingtons nicht mehr.

Seine Strategen hatten Pläne ausgearbeitet, wie Amerika einen begrenzten oder sogar totalen Atomkrieg überleben und auch noch gewinnen könne. Zwar versuchte der Pentagon-Minister zu beschwichtigen, indem er sagte: „Wir haben oft erklärt, daß wir nicht glauben, ein Atomkrieg sei zu gewinnen.“ Zugleich aber schränkte er ein: „Wir planen mit Sicherheit nicht, einen zu verlieren.“

Abschreckung ist für Weinberger nach wie vor oberstes Gebot, und glaubhaft muß sie sein – der Gegner muß Gewißheit haben, daß ein nuklearer Erstschlag tatsächlich mit einem ihn immer noch vernichtend treffenden Zweitschlag beantwortet werde.



Pentagonchef Weinberger bei Truppenbesuch: Ein Churchill Amerikas

Churchill, einen seiner Helden, der immer wieder vor deutschem Expansionismus gewarnt und „letztlich recht behalten“ habe.

Der Pentagon-Minister sieht da „tödliche Parallelen“ – wenn die Sowjet-Union für ihn das Hitler-Reich der Gegenwart ist, hält er sich selbst für den Churchill Amerikas. „Ich mache vielleicht einen etwas paranoiden Eindruck“, vertraute er seinem Freund White an, „aber niemand begreift das Ausmaß der Bedrohung.“

„Der absolute Hardliner in einer ohnehin reichlich harten Regierung“ („The Wall Street Journal“) muß um sein Amt – vorerst – nicht fürchten. Er weiß sich einig mit Ronald Reagan, mit dem ihn „tiefes Vertrauen und Zuneigung“ verbindet, bestätigt Michael Deaver, selbst

„Diese Politik ist nicht neu“, beschwört der Minister seine Strategie. Neu freilich sind die intensiven Planungen für einen atomaren Konflikt, die Härtung der Raketenstilos – die Sicherung der Funkverbindungen, die auch nach einem Atomangriff funktionsbereit bleiben sollen. Neu sind umfassende Studien darüber, wie viele US-Bürger bei einem nuklearen Holocaust unmittelbar sterben oder unter Strahlenschäden dahinsiechen würden (80 bis 150 Millionen).

Neu waren schließlich Weinbergers erklärte Ziele, „die Schwächen des veralteten Sowjet-Empires“ gezielt auszubeuten, und die Vorstellung, Moskau könne durch einen gigantischen Rüstungswettkampf gezwungen werden, den letzten Rubel in Waffen zu investieren. Ausgeblutet würde sich das russische Volk